

Paris — Baden

Vier Wochen lang ausprobieren,
was die Weltpolitik in Paris beschlossen hat



Baden bei Wien, Juli 2021

Empfehlungen der TeilnehmerInnen an die Politik

2015 wurde von der Weltpolitik in Paris das Klimaschutzabkommen beschlossen

Das österreichische Parlament hat dieses Abkommen im Juli 2016 ratifiziert. Der Treibhausgas-Ausstoß soll bis Mitte dieses Jahrhunderts auf Null reduziert werden. Nur so ist es möglich, die Temperaturerhöhung unserer Erde auf 1,5 Grad zu begrenzen und unsere Lebensgrundlage zu schützen.

In der Klimamodellregion Baden wurde im Frühjahr 2021 das Experiment „Paris-Baden“ umgesetzt. 20 Familien bzw. Haushalten haben versucht so zu leben, wie es das Pariser Klimaabkommen vorgibt. Sie haben getestet, ob es heute bereits in Baden gelingt klimaneutral zu leben.

Die TeilnehmerInnen konnten innerhalb dieser vierwöchigen Praxistestphase, mit Unterstützung des Klima- und Energiereferates, unterschiedliche Angebote ausprobieren. Sie fuhren z.B. mit dem Lastenrad, testeten das bea-e-carsharing, konnten ein e-Auto nutzen, ließen sich durch die Energieberatung des Landes NÖ beraten, kochten vegan, kauften regionale und biologische Lebensmittel ein, veränderten ihre Urlaubsplanung und tauchten so in die Welt eines klimafreundlichen Alltags ein.

Um die Treibhausgasemissionen der Haushalte zu messen, wurde die App www.eingutertag.org verwendet, welche die Emissionen in Punkte umwandelt. Insgesamt 100 Punkte pro Tag darf jeder Mensch verbrauchen, um innerhalb des uns verfügbaren Treibhausgasbudgets zu leben und um die Klimaziele von Paris erreichen zu können. Berücksichtigt wurden dabei alle Lebensbereiche – von der Mobilität bis hin zur Ernährung. Derzeit verantwortet ein Bürger/eine Bürgerin in Österreich im Schnitt rund 450 Punkte.

Im April 2021 wurde bei allen teilnehmenden Haushalten eine Ist-Analyse erstellt. Die Klimagas-Emissionen der 64 teilnehmenden Personen lagen nach der Startbilanzierung im Schnitt bei 247 Punkten und damit bereits unter der Hälfte des Österreichischen Durchschnitts. Im Rahmen der vierwöchigen Praxistestphase konnten die TeilnehmerInnen diese Werte nochmals um erstaunliche 38% reduzieren. Mit durchschnittlich 153 Punkten, kommen die Haushalte den Klimazielen von Paris schon sehr nahe. Mit minus 75 Punkten war die Einsparung im Bereich der Mobilität am höchsten, gefolgt vom Bereich Haushalt mit minus 10 Punkten.

Bei der Abschlussveranstaltung wurden nun im Dialog mit politischen VertreterInnen auf Gemeindeebene aufgezeigt, wo individueller Klimaschutz an Grenzen stößt und wo es politische Rahmenbedingungen braucht, um das Pariser Klimaziel erreichen zu können.

Das Projekt „Paris-Baden“ hat gezeigt, dass es mit gezielten Änderungen im Alltag und entsprechenden Rahmenbedingungen durchaus möglich ist, dem Pariser Klimaziel nahe zu kommen. Jedoch kann dies nur gemeinsam gelingen. Für Einzelpersonen wird es nicht möglich sein, das Klima zu retten. Es benötigt einen gemeinsamen gesellschaftlichen Umdenkprozess, um unsere Lebensgrundlage – unsere Erde – zu schützen.



Folgende Empfehlungen der TeilnehmerInnen des Projektes an die Politik liefern wichtige Inputs und Anregungen für weitere politische Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes auf kommunaler aber auch auf Landes- und Bundesebene.



Themenblock Energie/Haushalt

Empfehlungen auf Gemeindeebene:

- Forcierung Anschluss Fernwärme – Von Region zu Region abfragen wie viele es bräuchten – Anschlusspflicht wo es schon was gibt
 - Die Stadtgemeinde Baden sollte das Land bitten Fernwärme auszubauen und Druck auszuüben auf die EVN
- Initiativen zum energieeffizienten Bauen sollen von der Stadtgemeinde Baden vermehrt unterstützt werden
- Erneuerbare Energiegemeinschaften: Informationen der Gemeinde BürgerInnen zur Verfügung stellen
- Um zukunftsorientiert handeln zu können soll die Stadtgemeinde Baden einen Klimaneutralitätsplan 2040 erstellen. Auf die Themen Energieverbrauch und Erneuerbare Energie soll darin explizit eingegangen werden. Die Sanierungsrate für ganz Baden und nicht nur Gemeindebauten erhöhen.
- Durch ein Bürgerbeteiligungsverfahren sollen Ziele bis 2050 festgelegt werden
- Pilotanlagen für PV auf denkmalgeschützten Gebäuden beforschen und Best-Practice
- Verpflichtende PV-Überdachung bei Supermärkten (auch Parkplätze), Czaker, Halle B, etc.
- Verpflichtende PV-Anlage bei Dachsanierung
- Verpflichtende Dämmung bei Sanierung
- Überlegungen für Mehrparteienhäuser für Sanierung, PV-Installation – Mehrheitsfindung (einfache Mehrheit bei PV etc.) – Die Stadt könnte hier Musterverträge zur Verfügung stellen
- Vorausschauende Windenergieplanung für den Fall einer geänderten Zonierung, Standortoption: Harterberg
 - Forderung der Gemeinde an Land NÖ für eine vorausschauende Windenergieplanung
- E-Ladestellen Ausbau in bestehenden Tiefgaragen im Wohnbau

Landes- und Bundesebene:

- Denkmalschutz-Hürden für den Ausbau von PV-Anlagen entfernen oder verringern
- Ausstieg aus Öl und Gas – sozial-schwächere BürgerInnen jetzt finanziell unterstützen; Optionen von Förderungen klarstellen
- sämtliche Förderungen für stark CO₂-erzeugende Aktivitäten/Anlagen/Betriebe innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 0 reduzieren
- Recht auf Teilzeitarbeit (auch im pädagogischen Bereich) – führt zu mehr Zeit um klimafreundlich zu leben
- 4-Tagesarbeitswoche um das Pendeln zu reduzieren
- Klare Regelungen für Home-Office um Pendeln zu reduzieren
- Verpflichtende PV-Anlage bei Dachsanierung
- Verpflichtende Dämmung bei Sanierung



Themenblock Ernährung

Empfehlungen Gemeindeebene:

- Umsetzung von Kompostanlagen bei Schulen und Kindergärten
- Klimakriterien für alle öffentlichen Buffets und Kantinen
- Unterstützung von Vereinen, Freiwilligen durch die Stadtgemeinde Baden
- Vegetarische Essensalternativen in Volksschulen und Höheren Schulen – Vergabekriterien verbessern
- Ideenwettbewerb Baden zum Thema Food-Sharing ausschreiben – Wie kann Food-Sharing verbessert werden? Welche Ideen haben BürgerInnen Badens?
- Jeder Stadtteil Badens soll eine Foodsharing Stelle haben
- Freiwillige Selbstverpflichtung der Handelsgeschäfte in Baden gegen Foodwaste
- Initiative zur Selbstdeklaration zur Herkunft in der Gastronomie (zunächst auf freiwilliger Basis)
- Transparenz am Genussmarkt sowie am Mittwochmarkt beim Bücher Schütze verbessern – Bio, Herkunft (Bundesland)
- Bildungsinitiativen für klimafreundliche Ernährung in Richtung Reduktion des Fleischkonsums und des Lebensmittelabfalls sowie Förderung von Bio/Fair/Saisonal und Regional in der Ernährung

Landes und Bundesebene:

- Foodwaste / Foodsharing: Im Kindergarten / Schule übrig gebliebenes Essen mitgeben bzw. intern nutzen dürfen – gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen
- Foodwaste / Foodsharing: Konzernen striktere Regeln setzen in Bezug auf Weiterverwendung und Müllvermeidung
- Reduktion der Lebensmittelverschwendung: Brückenfunktion von Staat, Bund, Länder in Richtung unterstützender Maßnahmen für den Ausbau der Kooperationen von Lebensmittelhandel, sozialen Einrichtungen und NGOs
- Supermarkt / Lebensmittelhandel: Berichtspflicht über Prozentsatz der entsorgten Menge auf Basis der eingekauften Menge
- Bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln – Überforderung der KonsumentInnen durch unterschiedliche Kennzeichnungen verhindern und damit auch die Transparenz steigern
- Wie bei den kCal pro 100g muss auch der CO₂-Verbrauch des Produktes bis zum Verlassen der Verpackungsanlage (pro 100g) gekennzeichnet werden
- Vorgaben an Supermärkte, welche Produkte verkauft werden dürfen (hinsichtlich CO₂-Bilanz) – gesetzliche Riegel im Handel ansetzen - gleichlautende Regelungen zu Tierschutz für Landwirte UND Handel
- Verpflichtende Mehrwegquote in den Supermärkten
- Einheitliche Verpackungsmaterialien verschiedene Marken
- Standards für Tiertransporte erhöhen – es ist Österreichs Rolle aber auch die der EU, Missstände bei Lebendtiertransporte zu reduzieren
- höhere Preise und höhere Erlöse für höher qualitatives Fleisch gemessen an strengen Nachhaltigkeitskriterien



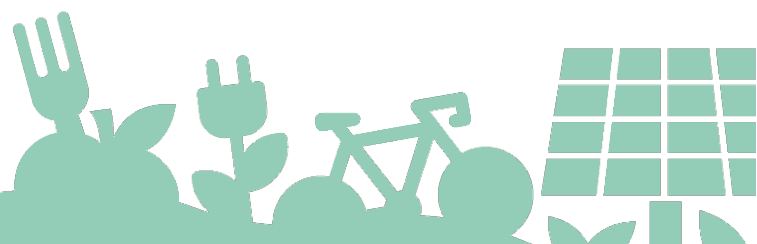
Themenblock Konsum

Empfehlungen Gemeindeebene:

- Reparaturcafe umsetzen
- Bauhof - Flohmarkt wiederbeleben
- Um die gemeinschaftliche Nutzung bestimmter Geräte die selten gebraucht werden zu vereinfachen könnte die Stadtgemeinde Baden eine Online-Plattform zur Verfügung stellen

Landes- und Bundesebene:

- CO2-Label auf Produkte um Transparenz zu erhöhen
- Politische Aktionen gegen Greenwashing-Unternehmen
- Gewährleistung bei Produkten auf 5 Jahre erhöhen
- Reparaturen von Geräten etc. vergünstigen und die Möglichkeiten erhöhen
- Bei Ressourcenverbrauch höhere Verbrauchssteuer, bei Arbeit niedrigerer Steuersatz
- Vermietungen von Produkten vergünstigen – Initiativen vermehrt unterstützen (auch finanziell)



Themenblock Mobilität und Freizeit

Empfehlungen Gemeindeebene:

- Fußgängerzone auch für RadfahrerInnen öffnen (siehe Salzburg, Wien MaHü)
- Radwege auf Stadtebene verbessern – Kinderradwege – Fahrradstraßen einrichten – Vorrang für Fuß- und RadfahrerInnen – verbindliches Ziel für einen Radverkehrsanteil in Baden; qualitativ hochwertige Fahrradabstellanlagen
- Flächendeckendes „Parkpickerl“ in der Stadt – für BürgerInnen, welche nicht im Besitz eines Autos sind, Gutscheine („Mobilitätstickets“)
- Öffentlicher Verkehr: Bustakte attraktivieren (vor allem auch am Wochenende), zusätzliche Angebote für Zeiten, wo Busse nicht verfügbar sind – in der Art eines „Citytaxi“
- Ab 2025 nur noch e-Taxis in der Stadt – Vorgabe durch Stadtregierung
- e-Carsharing für Vereine zur Verfügung stellen (z.B.: Foodsharing-Verein)
- Mehr Fahrradplätze bei Supermärkten – Vorgaben machen
- Angebot an Radabstellanlagen für Lastenräder erhöhen

Landes und Bundesebene:

- Die Pendlerpauschale widerspricht dem Klimaschutz - Pendlerpauschale nur für Zugfahrten und ein amtlicher Kilometer-Satz bei Nutzung des Fahrrads für dienstliche Wege
- Land NÖ: 1,2,3 Ticket ermöglichen
- Raumplanung und Raumordnung verbessern - auf höhere Ebene koordinieren – klare und einheitliche Ziele definieren – nachvollziehbare Strategien um lokalen Verkehr zu reduzieren
- Eurovelo Radwege – sichere Schnellradwege ausbauen für PendlerInnen, keine Umwege für RadfahrerInnen (z.B. Baden nach Wien)
- Verhältnis von Fixkosten und variablen Kosten anpassen – vor allem bei Dienstfahrzeugen
- Kindern das Fahrradfahren neben den Eltern auf der Straße ermöglichen um Sicherheit gewährleisten zu können sollen

Reisen/Freizeit

- Realkosten abbilden
- CO₂-Steuer für CO₂-intensive Transportmittel
- Kosten von Flugreisen müssen die Kosten von Zugreisen übersteigen

Im Namen aller Teilnehmer*innen vom Projekt Paris-Baden

Die Projektverantwortlichen:

Gerfried Koch, Leiter Klima- und Energieferrat

Sabrina Peer, Projektassistentin Klima- und Energieferrat

Martin Strele, Kairos

